

zeitweilige Mitarbeit weiterer Genossinnen und Genossen. Mikro 2 bitte zur Geschäftsordnung.

**N. N.:** Ich möchte zu diesem Punkt noch etwas sagen. Ich komme von der Akademie der Wissenschaften. Du sagtest, du kennst den Genossen Schirmer nicht. Bei uns kennen ihn fast alle und vor allem fast alle Gesellschaftswissenschaftler. Der Genosse Schirmer hat 30 Jahre lang bei uns Parteipolitik gemacht als stellvertretender Vorsitzender der Abteilung Wissenschaften und war insbesondere verantwortlich für unsere Wissenschaftspolitik auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften. Und er war verantwortlich dafür, daß ganz bemerkenswerte Ideen und Forschungen auf diesem Gebiet klein gehalten wurden. Wir haben bei uns an der Akademie der Wissenschaften bei unserer Kreisdelegiertenkonferenz abgestimmt, wen wir auf keinen Fall wieder in verantwortlichen Positionen sehen wollen. Es waren ganz wenige Namen. Der Name Schirmer war darunter. Und ich muß ganz deutlich sagen, wir müssen hier ganz behutsam umgehen mit Entscheidungen, die wir fällen, nämlich behutsam in der Hinsicht, ob unsere Genossen sie tragen werden, ob wir noch glaubwürdig bleiben oder nicht glaubwürdig bleiben. Ich will den Genossen Schirmer überhaupt nicht abqualifizieren. Ich nehme auch niemandem das Recht, umzudenken. Aber jemand, der 30 Jahre lang Programme geschrieben hat, die wir heute verurteilen müssen, der darf nicht wieder in eine solche Programmkommission gewählt werden. *(Beifall)*

**Udo Nickusch:** Wir haben der Antragskommission einen Antrag eingereicht. Dieser Antrag wird von 51 Genossen getragen. Mehr Unterschriften waren auf dem Zettel nicht möglich. Wir sind der Auffassung: Wenn wir mit dem Zwischenbericht oder mit dem Endbericht der Untersuchungskommission die Sachverhalte offenlegen und Fehler dokumentieren, dann muß es darauf auch eine Reaktion geben. Deshalb haben wir den Vorschlag unterbreitet, daß durch die Volkskammer ein Sondergesetz dazu verabschiedet wird, um entsprechend darauf zu reagieren.

Die gesetzlichen Grundlagen, die wir bisher haben, schaffen nicht die Möglichkeit, darauf zu reagieren, denn es sind Tatbestände vorhanden, die in die Familien hineingreifen und kein Reagieren ermöglichen. Auf der anderen Seite sind Vergünstigungen gewährt worden, die nicht den gesetzlichen Grundlagen der Republik entsprechen. Wir haben ähnliche Verfahrensweisen z. B. derzeit schon bei der Steuerhinterziehung sprich Steuerverkürzung angewandt, wo wir davon ausgegangen sind, daß Sachen, die nicht quantifizierbar oder nachweisbar sind, nach der Methode der qualifizierten Einschätzung gehandhabt und rechtlich geahndet werden.

**Dietrich Bierotte:** Stichwort Rückgabe von Orden. Das Problem ist angesprochen worden. Man sollte es komplex behandeln. Mein Standpunkt: Alle Genossen, die ehrlich ihre Orden erworben haben, dürfen sie behalten. Die Genossen des Politbüros sollen ihre Orden zurückgeben, auch die materielle Auszeichnung. Die gehören unseren Parteiveteranen! Danke.